



Hamburger Kurs vorwärts



Hamburg gemeinsam gestalten.

Ein neuer Weg der Bürgerbeteiligung

Kita-Gebühren, Elbphilharmonie, Sicherheit in Bussen und Bahnen, Wohnungsbau – die Stadt ist politisiert wie seit langem nicht mehr. Auf Spielplätzen, am Elbstrand und in der Kneipe wird diskutiert, die Zeitungen berichten täglich. Wie geht es weiter in Hamburg? Welche Vorschläge, Pläne und Träume haben die Bürger für ihre Stadt?

Um das Herauszufinden, geht die SPD neue Wege und organisiert eine offene Politikwerkstatt. Interessierte können auf Veranstaltungen in den Wahlkreisen oder im Internet auf www.hamburggestalten.de ihre Ideen einbringen und diskutieren. Der Landesvorsitzende Olaf Scholz und die SPD-Abgeordneten der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen sind vor Ort, hören zu und reden mit. So bekommen viele gute Einfälle und Gedanken eine Chance und die Partei erhält neue Impulse für eine Politik nahe an den Bedürfnissen der Menschen.

Alle Vorschläge werden gesammelt und der Öffentlichkeit präsentiert, die Beiträge werden in die Beratungen zu unserem nächsten Programm für Hamburg einfließen. Dabei dienen die Vorschläge als Denkanstöße – die endgültigen programmatischen Entscheidungen werden natürlich von den Mitgliedern der Partei getroffen.

Die Mitglieder des jeweiligen Wahlkreises werden über die aktuellen Termine rechtzeitig informiert und sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.



So funktioniert die Politikwerkstatt

Nach einer allgemeinen Einführung bilden die Gäste kleine Gruppen. Jede Gruppe diskutiert an einem eigenen Tisch über die Themen, die Hamburg bewegen. Alle Anregungen und Wünsche der Teilnehmer werden schriftlich festgehalten – auf Karten oder einfach auf der Papiertischdecke. Die Ergebnisse werden im Plenum präsentiert.

Der Blog

Der Dialog geht im Internet weiter auf www.hamburggestalten.de. Hier kann man seinen Beitrag für Hamburg einschicken – als Text, Sounddatei oder Videoclip. Die Beiträge werden im Blog gesammelt und können diskutiert werden. So entsteht ein spannender Meinungs austausch und eine Vision von Hamburg, wie es morgen sein könnte.

Jeder Beitrag kann gewinnen!

Unter allen Einsendungen verlost die SPD monatlich tolle Gewinne wie Hafensrundfahrten, Tickets für den Highflyer-Ballon oder VIP-Entdeckungstouren – und als **Hauptpreis ein Apple iPad!**

SPD bereit zum Entern!

Bei leicht trübem Hamburg-Wetter legte die MS Max Brauer am Hafengeburtstagsamstag mit 270 Genossinnen und Genossen an Bord vom Fischmarkt ab. Die Stimmung war trotz Nieselregen prächtig, die Bedienung empfahl dann auch jedem einen Grog „weil der am schnellsten geht“. Die meisten Passagiere blieben dann doch bei Tee oder einem Bier und genossen sichtlich den Klönschnack mit dem Nachbarn sowie die Aussicht auf die Containerriesen an den Terminals und die Luxusjachten bei Blohm + Voss. Nach zwei Stunden quer durch den Hafen machte unser Schiff wohlbehalten wieder am Anleger fest und entließ die bestens gelaunten Passagiere in die Budenstadt am Elbufer. Mehr Fotos auf www.spd-hamburg.de unter „Bilder“.



Richtig abstimmen

Der Volksentscheid zur Schulreform

Alle rund 1,2 Millionen Abstimmungsberechtigten erhalten den abgebildeten Stimmzettel zusammen mit den Briefunterlagen ab Ende Mai zugeschickt und können diesen dann sofort ausfüllen und kostenfrei zurückschicken.

Sie brauchen also nicht bis zum Abstimmungstag (18. Juli) zu warten, der in den Sommerferien liegt. Auf dem Stimmzettel sind beide Vorlagen, die der Bürgerschaft und die der Initiative „Wir wollen lernen“ abgedruckt.

Die Abstimmungsfrage kann jeweils mit „JA“ oder „NEIN“ beantwortet werden. Hierfür sind auf dem blauen Stimmzettel entsprechende Ankreuzfelder vorgesehen.

Die SPD unterstützt die Schulreform, weil sie in den Verhandlungen mit dem Senat zahlreiche Verbesserungen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler durchsetzen konnte. Darum werben wir für die Vorlage der Bürgerschaft.

Deshalb: gegen die Initiative „Wir wollen lernen!“ und für den Bürgerschaftsvorschlag stimmen! Weitersagen!





Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bürgermeister hat kürzlich erklärt, dass jetzt in Hamburg ein harter Sparkurs eingeleitet werden müsse. Man hätte zu lange über seine Verhältnisse gelebt. Schön, dass jetzt auch der Senat diese Erkenntnis gewonnen hat!

Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass die CDU-Finanzsenatoren letztlich nur durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum und mit haushaltspolitischen Tricks den Eindruck erweckt haben, es sei alles in Ordnung. Auch der Verweis auf die Folgen der Wirtschaftskrise oder Beschlüsse aus Berlin hilft da nichts. Erstens sind die momentanen Probleme vor allem durch eine unseriöse Haushaltspolitik und die enormen Kostensteigerungen bei verschiedenen Bauprojekten verursacht worden und damit hausgemacht. Und zweitens gehört der Bürgermeister zur engeren Führung der Union und hätte an dieser Stelle auch auf der bundespolitischen Ebene Einfluss nehmen können. Wer seit 2001 in dieser Stadt Regierungsverantwortung hat, sollte nicht behaupten, dass „in den letzten Jahrzehnten“ Fehler begangen worden seien. Die Verantwortung für die gegenwärtige Haushaltskrise Hamburgs tragen die CDU-Senate und der Bürgermeister, sonst niemand.

Besonders betroffen gemacht hat uns in den vergangenen Wochen ein anderes Thema: die Zunahme der Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir haben es mit gewalttätigen Jugendlichen zu tun, die aus Frust und Langeweile wahllos ihre Opfer suchen und mit äußerster Brutalität vorgehen. Doch nicht erst seit dem furchtbaren Mord am Jungfernstieg ist für die Bürgerinnen und Bürger klar, dass die innere Sicherheit bei der CDU nicht in guten Händen ist. Nacht für Nacht brennen in Hamburg Autos und mittlerweile gab es schon den zweiten Angriff auf eine Polizeiwache. Solche Entwicklungen führen zu einer erheblichen Verunsicherung in der Bevölkerung. Und der Senat reagiert planlos. Wir haben Vorschläge eingebracht, wie die Sicherheit in U- und S-Bahnen verbessert werden kann, denn es muss etwas passieren – übrigens auch bei der Justiz. Neben geeigneten Mitteln der Prävention muss es auch eine schnelle und konsequente Strafverfolgung geben. Sonst geschieht bald die nächste schreckliche Gewalttat.

Euer

Olaf Scholz

„Verbranntes Geld“

von Steffen Jänicke, AsJ-Landesvorstand

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) hat eine erfolgreiche Auftaktveranstaltung ihrer Kampagne zum Verbraucherschutz durchgeführt.

Beim Thema Verbraucherschutz sehen wir unterschiedliche Interessen von Anbietern und Konsumenten, von Angebot und Nachfrage am Markt aufeinandertreffen. Es ist ein Thema, bei dem die Menschen aufgrund erfahrungsgemäßer eigener Betroffenheit angesprochen werden können. Vor diesem Hintergrund wollen wir in Hamburg und im Bund weiter justizpolitische Forderungen erarbeiten und Stellung beziehen. Wir widmen uns verschiedenen Themenschwerpunkten durch unterschiedliche Aktionsformen in einem vorgegebenen zeitlichen Rahmen.

Die erste Veranstaltung am 28.4.2010 im Abaton-Kino mit Filmvorführung war ein Erfolg. Bei schönem Wetter kamen 50 Besucher, um den Film „Verbranntes Geld“ von Kersten Schüßler (ausgezeichnet mit Helmut Schmidt-Journalistenpreis 2009) zu sehen. Nach der Filmvorführung gab es Applaus für den Film, der auch von den Teilnehmern der anschließenden Gesprächsrunde gelobt

wurde. Es war ein ausgezeichnete Einstieg in die Diskussion, da die Zusammenhänge aufgezeigt wurden, die zur Finanzkrise seit September 2008 geführt hatten.

Im Anschluss fand im Kino eine Diskussion mit Vertretern aus Politik, Verbraucherschutz und Wissenschaft sowie Betroffenen statt. Teilnehmer waren Dr. Carsten Sieling (MdB, Finanzausschuss) und Dr. Günter Hörmann (Verbraucherzentrale Hamburg). Es beteiligten sich ferner insbesondere Prof. Kai-Oliver Knops von der Uni Hamburg und ein Gast, der als „Lehman Brothers-Geschädigter“ zur Zeit in Hamburg gegen seine Bank prozessiert. Auch durch Äußerungen aus dem Publikum wurde deutlich, dass teilweise eine unmittelbare persönliche Betroffenheit der Anwesenden bestand. Inhaltlich kamen u.a. Fragen des Kredithandels, des Krisenmanagements auf internationaler Ebene (G20) und nach der Rolle der Rating-Agenturen zur Sprache.

Wir werden die Veranstaltungsreihe der AsJ zum Verbraucherschutz in Kürze mit einer Veranstaltung zum Thema Datenschutz im Kurt-Schumacher-Haus fortsetzen.



Die ASF stellt sich neu auf

Auf der Landesfrauenkonferenz im April wurde Gabi Dobusch (Altona) mit großer Mehrheit als ASF-Landesvorsitzende bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden ihre beiden Stellvertreterinnen, Ilse Behrens (Wandsbek) und Rita Kahl (Mitte).*

Die ASF hatte sich in den letzten zwei Jahren vor allem mit den Themen Gewalt gegen Frauen und Frauen in der Arbeitswelt beschäftigt. Zum Equal Pay Day beispielsweise setzte sich die ASF jeweils mit eigenen Aktionen für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Und fast schon Tradition hat die Beteiligung der ASF am Lauf gegen Gewalt an Frauen um die Alster und das Hissen der Fahne von Terre des Femmes am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Auf der diesjährigen Landesfrauenkonferenz war denn auch Katharina Meiser (koofra) als Gastreferentin geladen und informierte über die Situation von Opfern des Frauenhandels in Hamburg. Themen der ASF-Anträge für die Bundesfrauenkonferenz im Juni waren u.a. Forderungen nach bundeseinheitlichen Regelungen bei Gewalt gegen Frauen, aber auch Abhilfen für die akut gefährdete wohnortnahe Hebammenhilfe durch freiberufliche Hebammen.

Der neu gewählte Vorstand hat auf seiner konstituierenden Sitzung verabredet, das Thema Frauen in der Arbeitswelt weiter in den Vordergrund zu rücken: Frauen und Karriere, förderliche Rahmenbedingungen für berufstätige Mütter und Väter sowie ein zeitgemäßes Rollenverständnis in Hinblick auf die Berufswahl sollen im Mittelpunkt stehen. Dabei soll auch die Frage der Altersversorgung

bzw. der Vermeidung von Altersarmut von Frauen in den Fokus genommen werden.

Fest im Blick hat die ASF auch den 100. Internationalen Frauentag am 8. März 2011, für den die Vorbereitungen bereits auf vollen Touren laufen. Bis dahin soll außerdem die zweite Staffel des ASF-Mentoring-Programms abgeschlossen sein, das Neu-Mitgliedern und anderen Interessierten wieder die Möglichkeit bieten wird, begleitet von Mentorinnen in alle Bereiche des politischen Lebens in Hamburg hineinzuschnuppern (bei Interesse einfach auf der ASF-Webseite www.spd-hamburg.de/asf registrieren). Weitere Infos sind über den ASF-Newsletter erhältlich, der seit einigen Monaten elektronisch erhältlich ist.

* In den ASF-Landesvorstand wurden außerdem gewählt: Karin Naeve (Mitte), Nadine Hak (Altona), Sabine Steppat (Eimsbüttel), Konstanze Schmidtke (Eimsbüttel), Petra Ackmann (Nord), Angelika Bester (Nord), Monika Weidel (Wandsbek), Sabine Eggert-Kleiner (Bergedorf), Marion Ziehe (Bergedorf)



Europa aktuell

Bankenkrise – Wirtschaftskrise – Staatskrise – nicht zaudern sondern handeln!

von Knut Fleckenstein, MdEP



Griechenland stand vor dem Staatsbankrott. Europäische Unterstützung war unabdingbar. Nicht nur aus Solidarität gegenüber einem befreundeten Land, sondern auch aus purem Eigennutz, denn unsere Währung war in Gefahr. Der sogenannte Rettungs-

schirm von 750 Milliarden Euro, die als mögliche Kredite zur Verfügung stehen, um Angriffe der Finanzmärkte auf den Euro abzuwehren, ersetzen nicht die notwendigen politischen Entscheidungen, aber sie geben uns allen die Zeit, diese vorzubereiten und endlich umzusetzen.

Dabei geht es um drei wesentliche Maßnahmenpakete: Erstens müssen die hochverschuldeten Staaten der Eurozone ihre Haushalte konsolidieren und Möglichkeiten für notwendige

Investitionen erhalten. Beides ist dringend erforderlich, denn es ist unmöglich, die heutigen Schuldenberge allein durch Sparen abzubauen. Zusätzliche Einnahmen können die Staaten aber nur realisieren, wenn sie neben mehr Steuergerechtigkeit auch für mehr Investitionen insbesondere in Bildung und Forschung sorgen.

Zweitens brauchen wir eine europäisch abgestimmte Wirtschaftspolitik. Mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission, die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten stärker zu kontrollieren, geht Europa einen ersten richtigen Schritt. Jedoch muss diese Maßnahme auch an konkrete gemeinsame Wirtschafts- und Beschäftigungsziele gebunden werden.

Drittens ist eine effektive Finanzmarktregulierung notwendig. Finanzprodukte, die unsere Volkswirtschaften schädigen oder Systemrisiken bergen, müssen verboten werden. Alle Finanzgeschäfte sollten abhängig vom jeweiligen Umsatz besteuert werden. Finanzwetten würden sich dann nur unter höherem Einsatz lohnen und die

Spekulanten wären zu einem Teil am Ausgleich der Schulden beteiligt. Es liegt in der Natur der Sache, dass grenzüberschreitend agierende Unternehmen auch durch grenzüberschreitende EU-Behörden in Schach gehalten werden müssen. Ein nationalstaatlicher „Regulierungs-Flickenteppich“ wird die Herausforderungen, vor denen Europa steht, nicht in den Griff bekommen.

Grundsätzlich finden diese alten sozialdemokratischen Forderungen mehr und mehr Zuspruch in Deutschland und in Europa. Wenn es jedoch um die konkrete Umsetzung geht, sind die Konservativen und Marktliberalen immer noch sehr vage.

Aber ohne eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik und mutige Regulierungen der Finanzmärkte werden wir unsere Probleme nicht lösen können – und 750 Milliarden Euro wären aus dem Fenster geschmissen worden.

Machen wir den Regierenden also Dampf. Es ist unser Geld und unsere Zukunft, die nicht verspielt werden darf.

Termine

4. Juni, 19.30 Uhr

„Rechtsextremismus in Hamburg“
Gemeinsame Veranstaltung von
Barmbek-Mitte und Barmbek-Nord
Bürgerhaus Barmbek, Lorchstr. 30

5. Juni

Aktionstag Schulreform:
Info-Stände aller Distrikte
(Am 7. Juni beginnt die
Sechs-Wochen-Frist für die Briefwahl)

5. Juni

Schulverbesserer-Parade
Auftakt: 12 Uhr, Moorweide
Schlusskundgebung:
15.30 Uhr, Rathausmarkt

9. Juni, 19 Uhr

Arbeitsgemeinschaft Selbständige:
„Wieviel Industrie braucht Hamburg?“
mit Werner Marnette,
ehem. Wirtschaftsminister S-H
und ehem. Affinerie-Chef
Herbert-Wehner-Haus,
Julius-Ludowieg-Straße 9

9. Juni, 16.30 Uhr

„Neue Impulse der
Arbeitsmarktpolitik“
Podiumsdiskussion des Managerkreises
Nord-Ost der FES mit Olaf Scholz.
Anmeldung bis zum 7. Juni an
hamburg@fes.de
Hotel Hafen Hamburg | Seewartenstr. 9

14. Juni, 14 Uhr

AG 60plus:
„Die Zukunft unserer Enkel“
Welche Berufswelt erwartet sie –
welche Schule bereitet sie darauf vor?
Kurt-Schumacher-Haus

14. Juni, 19 Uhr

Wissenschaftsforum:
„Neue Perspektiven für die Universität
Hamburg“
mit Uni-Präsident Prof. Dr. Dieter Lenzen
und Dr. Dorothee Stapelfeldt
Talmud-Tora-Schule, Aula,
Grindelhof 30
Anmeldung: info@wifo-hh.de
Zum Einlass bitte ein
Ausweisdokument mitbringen!

19. Juni, 10 Uhr

Workshop der FES:
„Politisches Boxen –
mit Argumenten überzeugen“
Teilnahme: 10 Euro; Anmeldung bis
zum 14. Juni an hamburg@fes.de
Julius-Leber-Forum | Rathausmarkt 5

23. Juni, 19.30 Uhr

Schwuso-Stammtisch
M&V-Gaststätte, Lange Reihe 22

4. Juli, 14 Uhr

Großes Kinder- und Sommerfest
der SPD Barmbek-Mitte
Schleidenpark/Biedermannplatz

Ordentlicher Landesparteitag mit Wahl des Landesvorstands 25./26. Juni 2010



Beginn: Freitag, 25. Juni, 17 Uhr
Ende: Sonnabend, 26. Juni, ca. 16 Uhr

Am 26. Juni wird
Frank-Walter Steinmeier zu Gast sein.

Veranstaltungsort:
Bürgerhaus Wilhelmsburg
Mengestraße 20
21107 Hamburg

Berlin direkt

von Johannes Kahrs, MdB

Nach Wirtschafts- und Bankenkrise prägt derzeit vor allem die Sorge um Griechenland und die Stabilität des Euros unsere tägliche Arbeit in Berlin. Wir erleben jeden Tag, wie die Regierung Merkel auf dramatische Weise versagt. Sie hat auf europäischer Ebene wirksame Maßnahmen vor der NRW-Wahl verhindert und versucht, Parlament und Öffentlichkeit zu täuschen.

Freitag, 21. Mai 2010: Abstimmung über das sogenannte „Euro-Rettungspaket“. Wie schon bei der Abstimmung zu den Finanzhilfen für Griechenland enthalte ich mich der Stimme. Persönlich bin ich über Enthaltungen nie besonders glücklich. In diesem Fall halte ich meine Entscheidung aber für angemessen. Vor zwei Tagen hat die Kanzlerin in einer Regierungserklärung versucht, uns die Maßnahmen der Regierung zu erklären. Aber einmal mehr wird in diesen Tagen deutlich: Diese Regierung ist nicht damit beschäftigt, die Krise zu meistern – sie hat momentan alle Hände voll damit zu tun, ihr eigenes Unvermögen zu verschleiern. Dieser Mangel an klarer Linie und Tatkraft ist mittlerweile so offensichtlich, dass auch der Widerstand in den eigenen Reihen wächst.

Wie schon im Fall der Griechenlandhilfen geht es uns allen bei der Abstimmung nicht um die Hilfen für einen Partner in der Eurozone oder die Stabilität des Euros – deren Notwendigkeit sind unbestritten – es geht uns um die beharrliche Weigerung der Regierung, die Ursachen für die Krise endlich zu beseitigen, die Finanzmärkte zu regu-

lieren und die Verursacher an den Kosten zu beteiligen. Nach den Erfahrungen der letzten Tage und Wochen ist kaum noch ein Parlamentarier bereit, der Kanzlerin zu glauben. Noch am Tag der Abstimmung zum Griechenland-Hilfspaket haben uns die Vertreter der Regierungskoalition hoch und heilig versprochen, es werde keinen weiteren Cent als Hilfe geben. Am Abend des selben Tages flog Frau Merkel nach Brüssel und verhandelte über weitere 123 Milliarden Euro. Das lässt nur zwei Rückschlüsse zu: Entweder die Regierung hat am Morgen des 7. Mai 2010 im Parlament dreist gelogen oder – und das ist vermutlich in dieser Situation noch schlimmer – sie wusste nicht, worüber sie am Abend in Brüssel verhandeln würde.

Auch der Umgang mit der von uns geforderten Finanztransaktionssteuer und der Börsenumsatzsteuer ist bezeichnend für die Hilflosigkeit der schwarz-gelben Regierung. Dass sich die jetzige Situation nicht wiederholen darf und der Steuerzahler nicht immer wieder derjenige sein kann, der den Schaden, den Banken und Spekulanten angerichtet haben, ausbadet, ist über Fraktionsgrenzen hinweg Konsens. Auch Angela Merkel hat sich vor nicht allzu langer Zeit für die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen. Das war aber noch vor ihrer Koalition mit der FDP.



Künftig werden in jeder Ausgabe des „Hamburger Kurs“ die Mitglieder der Hamburger Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten in der Rubrik „Berlin direkt“ aus ihrer Arbeit berichten. Den Anfang macht Johannes Kahrs, der für die SPD den Wahlkreis Hamburg-Mitte im Deutschen Bundestag vertritt.

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Jörg Schmall
Mathias Büttner

Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe
21. Juni 2010

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg